



Greifen Sie an, Frau Merkel!

von Tilman Brück

Die Bundesregierung sollte nach dem Ausstieg aus dem Ende des Atomausstiegs dringend eine zweite Korrektur ihrer Politik

einleiten – den Einstieg in den Libyenkrieg. Dass die Bundeswehr unter Nachwuchssorgen leidet, sollte unser Land nicht davon abhalten, sich in Nordafrika für Freiheit und Selbstbestimmung zu engagieren. Dies wäre eine schlüssige Position für eine konservative Bundesregierung, deren Mitgliedsparteien sich im Kalten Krieg immer auf der Seite der unterdrückten Völker Osteuropas gesehen haben. Nach dem Verkünden des Nuklearmoratoriums durch die Physikerin Merkel sollte die ostdeutsche Kanzlerin Solidarität nun mit unseren arabischen Nachbarn beweisen und Gaddafi angreifen. Dafür sprechen acht Gründe:

1. Mit der Stabilität der Diktaturen in Nordafrika und dem Mittleren Osten ist es nun vorbei. Auch ein unentschuldigtes Fehlen Deutschlands im Libyenkrieg bringt die vertrauten Zustände vergangener Tage nicht zurück.
2. Auch wenn wir uns lieber Frieden auf Erden wünschen, gibt es in Libyen gerade einen blutigen Bürgerkrieg. Vielleicht wird der Krieg schneller und mit weniger Blutvergießen im Sinne der Demonstranten entschieden, wenn wir eingreifen. Es ist den Versuch wert.
3. Luftkrieg heißt nicht gleich Bodentruppen. Je geschlossener und glaubwürdiger die Alliierten in ihrem Luftkrieg auftreten, desto eher akzeptierten die Araber, dass es sich um eine begrenzte Einflussnahme handelt, die klare Ziele hat und wirklich den Menschen vor Ort helfen will. Das ist glaubwürdiger, als wenn wir Gaddafi die Chance geben, seine Landsleute in der Opposition zu verfolgen und, sollte er den Krieg gewinnen, womöglich abzuschlachten.

4. Es ist eine Milchmädchenrechnung, wenn Deutschland sich dem Libyenkrieg entzieht, gleichzeitig aber mehr Truppen nach Afghanistan schickt. Ein deutscher Rückzug aus Afghanistan würde jährlich zwei Milliarden Euro Steuergelder sparen und wäre konsequent und glaubwürdig – gepaart mit einem zeitlich befristeten Engagement für Libyen.
5. Auch wenn die Grundlage der UN-Resolution umstritten ist, es gibt eine klare Willensbekundung der Arabischen Liga und der Vereinten Nationen (einschließlich Chinas und Russlands!) den Einsatz durchzuführen. Das ist eine neue Interpretation der „Responsibility-to-Protect“-Doktrin, die Druck auf Diktatoren ausübt, es nicht zu arg zu treiben.
6. Die Lehre aus den Balkankriegen ist, dass eine gezielte Gewaltanwendung Schlimmeres verhindern kann. Gewalt anzuwenden ist nicht angenehm. Aber wenn es jemand tun sollte, dann mit UN-Mandat und in möglichst breiter internationaler Allianz.
7. Nordafrika ist Europas Nachbar – und bedeutet somit auch europäische Verantwortung. Ein Land, das ständiges Mitglied im Sicherheitsrat werden möchte, muss sich dieser Verantwortung stellen. Im Moment ist nicht ersichtlich, wer in der Bundesregierung diese Überlegungen voranbringt. Eine sicherheitspolitische Strategie für unsere Nachbarschaft sollte die Bundesregierung schleunigst kommunizieren. Schließlich ist es,
- 8., auch eine Frage des humanitären Anstands, das Leiden der Libyer möglichst klein und kurz zu halten – und mäßigend auf den aktuellen Krieg einzuwirken. Hierzu bedarf es flankierender humanitärer Unterstützung, etwa durch die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten aus der Region in der Europäischen Union.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake (kommissarisch)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig (kommissarisch)
Prof. Dr. Peter Haan (kommissarisch)
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph. D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Dr. Astrid Cullmann

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier